

Kleine Anfrage

der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Katrin Steinhülb-Joos SPD

Ferienbetreuung für schulpflichtige Kinder in Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist ihr bekannt, in welchen der 44 Land- und Stadtkreise es für Kinder ab dem Grundschulalter bereits Ferienbetreuungsangebote gibt, die im Rahmen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026 rechtsanspruchserfüllend sind?
2. Von welchen Trägern werden diese Ferienbetreuungsangebote bereitgestellt?
3. Hat sie Kenntnis darüber, in welchem Kostenrahmen sich die Ferienbetreuungsangebote bewegen, insbesondere unter Darstellung, in welchen Land- und Stadtkreisen in welchem Umfang eine kostenlose Ferienbetreuung angeboten wird?
4. Welches sind die zehn größten Träger von Ferienbetreuungsangeboten in Baden-Württemberg?
5. Hat sie Kenntnis darüber, ob die bereitgestellten Plätze der Ferienbetreuungsangebote für die Anzahl der nachfragenden Kinder in den Land- und Stadtkreisen jeweils ausreichend sind und in Zukunft sein werden?
6. Hat sie Kenntnis darüber, wie die Ferienbetreuung für Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderanspruch qualitativ aufgestellt ist?
7. Hat sie Kenntnis darüber, ob für alle Schulferien in den jeweiligen Land- und Stadtkreisen bereits eine Ferienbetreuung angeboten wird?
8. Welche Zuschüsse gewährt die Landesregierung für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien für die Teilnahme an Ferienbetreuungsangeboten?
9. Wie bringt sich die Landesregierung zukünftig im Bereich der Ferienbetreuung mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 finanziell und personell ein?
10. Wird es ein landesweites Konzept oder einen Orientierungsrahmen für die Ferienbetreuung im Rahmen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen geben, um die Chancengleichheit und Betreuungsqualität für alle Kinder im Land gleichwertig sicherzustellen?

21.8.2025

Dr. Fulst-Blei, Steinhülb-Joos SPD

Begründung

Die Betreuung während der Ferienzeiten stellt Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind oder auch alleinerziehende Elternteile, oftmals vor große Herausforderungen. Die Anzahl der Urlaubstage deckt in der Regel nicht alle Ferientage eines Schulkindes ab. Mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen wird der Bedarf an Ferienbetreuungsangeboten zukünftig deutlich steigen. Bisher organisieren Kommunen mit Kooperationspartnern meist freiwillige, aber oft kostenpflichtige Angebote in eigener Regie. Ein landesweit einheitliches Konzept gibt es bisher nicht. Die Kleine Anfrage hat daher zum Ziel, einen Überblick über die bisherige und zukünftige Organisation zu erhalten.